

07.08.17

KU-Studie: Großes Interesse von Erstwählern an der Bundestagswahl 2017

Fast jeder zweite Erstwähler interessiert sich sehr für Politik, 80 Prozent wollen wählen gehen, und Eltern haben einen deutlich größeren Einfluss auf das Wahlverhalten von Erstwählern als die Schule. Diese Erkenntnisse gehen aus einer nicht repräsentativen Befragung von Erstwählern durch ein Master-Seminar des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft der KU im Sommersemester hervor.



© Stockfotos-MG/fotalia

Laut einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes sind bei der Bundestagswahl am 24. September etwa 61,5 Millionen Menschen wahlberechtigt, darunter etwa drei Millionen Erstwähler. Dozentin Dr. Eveline Hermannseder widmete sich daher in ihrem Seminar „Parteien, politische Kontrolle und Opposition in Deutschland“ mit neun Master-Studierenden dieser wichtigen Wählergruppe. Im Juni und Juli befragten die Nachwuchswissenschaftler online und in Straßeninterviews 444 Erstwähler. Mit Hilfe des Fragebogens wollten sie klären, ob und wie Erstwähler bei der Bundestagswahl 2017 wählen und welche Faktoren die Wahlentscheidung beeinflussen.

Immer wieder wird von Medien und Wissenschaft ein politisches Desinteresse junger Menschen beklagt – dagegen stimmen die Ergebnisse der Umfrage der KU positiv: Von den 444 befragten Erstwählern gaben immerhin 80 Prozent an, im September wählen gehen zu wollen. Im Vergleich zur durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 71,5 Prozent bei der Bundestagswahl 2013 ein deutliches Plus. „Uns hat außerdem überrascht, dass die Erstwähler sich generell sehr für Politik interessieren“, sagt die verantwortliche wissenschaftliche Mitarbeiterin Dr. Eveline Hermannseder. 46 Prozent gaben an sich sehr stark oder stark für Politik zu interessieren, 34 Prozent schätzten ihr Interesse als mittel ein. Nur knapp vier Prozent bezeichneten sich als gar nicht politisch interessiert.

Bei den befragten Erstwählern schnitt die CDU/CSU mit 20,5 Prozent der Stimmen am besten ab. Allerdings liegt das Ergebnis der Union weiter hinter dem der aktuellen Sonntagsfrage – dort vereint sie laut Forschungsgruppe Wahlen derzeit etwa 40 Prozent auf sich. Zweitstärkste Partei unter den Befragten ist Bündnis 90/Die Grünen mit 15,8 Prozent – dass die Grünen junge Wähler besonders gut mobilisieren können, wird durch die KU-Umfrage somit bestätigt. Auf den weiteren Rängen der Parteipräferenz folgen die SPD mit 14,2 Prozent, die Linke mit 7,4 Prozent und die FDP mit 6,8 Prozent. Abschlagen ist die AfD mit nur 1,8 Prozent der Befragten, die ihre Stimme für

diese Partei abgeben möchten. Mehr als ein Viertel der befragten Erstwähler zeigte sich noch unentschlossen, welcher Partei sie ihre Stimme bei der kommenden Bundestagswahl geben werden.

Hinsichtlich der Frage, welche Faktoren die Entscheidung, zur Wahl zu gehen, beeinflussen, zeigte die KU-Studie ebenfalls bemerkenswerte Ergebnisse. Eigentlich geht die Forschung davon aus, dass Erstwähler umso wahrscheinlicher wählen gehen, je häufiger im Schulunterricht über Politik gesprochen wird. In der KU-Studie dagegen hat der Politikunterricht auf die Bereitschaft zum Urnengang nur geringen Einfluss. Wesentlich stärker dagegen wirkt sich unter den befragten Erstwählern aus, wie häufig in der Familie über Politik gesprochen wird. Eltern haben damit unter den Umfrageteilnehmern einen deutlich größeren Einfluss auf die Wahlbereitschaft als die Schule.

Bemerkenswert sei zudem der Einfluss sozialer Netzwerke auf das Wahlverhalten von Erstwählern, berichtet Dr. Eveline Hermannseder: „Erste Ergebnisse unserer Studie deuten darauf hin, dass die Erstwähler wahrscheinlicher zur Wahl gehen, je weniger Zeit sie in sozialen Netzwerken verbringen.“ Mit zunehmender Nutzungsdauer steige unter den Befragten der Anteil derer, die unentschlossen sind oder nicht zur Wahl gehen möchten.

Die Bundestagswahl 2017 war aktueller Anlass für mehrere Seminare und Projekte zum Thema Parteien und Wahlen am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft der KU. Neben der Erstwählerbefragung publizierte unter anderem Dr. Petra Hemmelmann im Juni ihre von Lehrstuhlleiter Prof. Dr. Klaus Stüwe betreute Doktorarbeit über die Entwicklung der Wahl- und Grundsatzprogramm der CDU.

Link zum Beitrag von ["radio k1"](#) über diese Studie

[<- Zurück zu: Presseinformationen](#)